

In dieser Ausgabe der AGRAR-HINWEISE u.a. :

- Bizarre Pestizid-Reklame
- Zunehmende Pflanzenschutzmittel-Resistenzen im Ackerbau
- Neonics und Bienensterben
- Pflanzenschutzsteuer
- Guter konventioneller Ackerbau ist möglich
- BfR-Ergebnisse zu Antibiotika-Resistenzen aus und in der Tierhaltung
- AbL fordert Tierschutzplan nach gescheitertem Schmidt-Tierwohllabel light
- Neue Entwicklungen in der Wolfsproblematik
- PR-Aktion des Bauernverbands

Mit freundlichen Grüßen

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)

Landesverband Niedersachsen/Bremen e.V. – Pressesprecher:

Eckehard Niemann, Varendorfer Str. 24, 29553 Bienenbüttel

0151-11201634 – eckehard.niemann@freenet.de

Newsletter „Agrar-Hinweise“ – 27.04.2017

vorherige Ausgaben auf der Internetseite <http://www.abl-niedersachsen.de/>

Bizarre Pestizid-Reklame:

„Volksherbizid“, „Blattaktivisten“ und „Fungizidhelden“

Auch in diesem Frühjahr bietet sich dem Leser von Agrarzeitungen eine aufdringliche Fülle von Anzeigen der Pflanzenschutz-Konzerne dar – zumeist genau so bizarr und nichtssagend wie in den vorhergehenden Jahren:

Abenteuerlich, was da von der Agrarchemie in den Feldern zu Werbezwecken abgebildet wird: Da kniet ein **Mann auf dem Feld und schreit** begeistert „Husar“ (Herbizid von Bayer). Einen anderen Mann sieht man im Getreidefeld mit **Dirigentenstab** („Dirigent“ von Spiess-Urania). Als weitere Reklameträger drängen sich auf: ein **Eisbär** (Adama), ein **Bulle** (Matador von FMC), **Nashorn** (Laudis von Bayer), **Tiger** (Lido/Motivell von Belchim), eine **Rakete** (Ariane/Dow), **Drohnen** (Pixxaro/DOW und Ceriax bzw. Adexar von BASF), ein **Diamant** (Betanal/Bayer), eine **blaue Roboterfrau** (Biscaya/Bayer), **Fuchsschwänze** (Atlantis/Bayer), ein **Schwert** (Saracen/FCM), ein **Ozean-Riese** oder eine riesige Getreidehalde oder ein Riesen-Silo auf dem Feld (Aviator von Bayer) oder ein **riesiger „frühen Vogel“** mit Wurm im Schnabel (Kantik/Adama). Mit dem Spruch „Nichts breiter als das“ wirbt Broadway/DOW, gar als **„Volksherbizid“** bewirbt Syngenta sein „Axial“.

Wahren Sauberkeits-Fetischismus lassen folgende Motive vermuten: Ein Gesicht mit einem **Bart von Unkräutern** wird „befreit“ und bartfrei durch die Komplettlösung von MaisTer-power von Bayer. Eine **Elumis-Syngenta-Putzfrau** verspricht als „Sauber-Zauber gegen alle Ungräser“. Proman/Belchim zeigt einen „blitzsauberen Kartoffelacker“ – mit **Blitzen** über einem nackten und offenbar stark erosionsgefährdeten Feld.

Zwecks Reklame für Wachstumsregler bzw. Halmverkürzer stützt sich ein **Gorilla** auf einen Getreidehalm (Cerone/Bayer). Ein **angeketteter Trecker** kann einen Weizenhalm nicht umreißen (Modan/Belchim). Ein **Gewichtheber** wirbt für Bogota/Plantan, ebenso eine **Frau mit Getreidehalmen statt Haaren** (Calma/Adama). „Moddus“ wird als Wurzel- oder/und Halm-Verstärker mit **Dübeln** verglichen.

Bei Fungiziden kann man wählen zwischen der „Dreifach-Power“ von drei BASF-Fungizidwirkstoffen im Mittel „Ceriax“ (mit **Dreifach-Stecker**) oder Prodax/BASF (**goldener Wetterhahn**) oder Cirkon von Adama (**Domino-Spiel**). „**Fungizid-Helden**“ tragen unter dem geöffneten Hemd auf ihrer nackten Brust die Embleme der 4 FMC-Fungizide.

In der Insektizid-Bewerbung sieht man unter dem Motto „Blüte auf – Custodia (Adama) drauf“ ein **Emoji, das „O sole mio“ singt**. Ein **Schlüsselloch-Blick** auf ein Rapsfeld wird als „Schlüsselerlebnis! Ihr zukünftiges Insektizid!“ (Mavrik/Adama) verkauft. Mit „Halali“ wird eine jagdliche **Trophäensammlung von Schadinsekt-Köpfen** an einer Wand betrotet (Karate-Zeon von Syngenta).

Wem all das noch nicht genügt, der kann sich an Anzeigen von BASF („We create chemistry“): mit „**100% Leidenschaft“ und Liebe für Raps** erbauen. Oder an einer **Batterie in einer Kartoffelknolle** („Power Inside“ mit „Supporter“) von Spiess-Urania, wo man **auch „die volle Palette Kartoffelschutz“** mit 11 Mitteln beziehen kann

Einige Anbieter setzen **zusätzliche Verstärker** ein: Bei „Mais liebt Zintan“ von Syngenta gibt es **Bierzapfanlagen** als Preis. Und wer „Belvedere“ von Adama kauft, bekennt sich als „**Blattaktivist**“ und bekommt – je nach Litern Abnahmemenge – als **Belohnung aus der „Belvedere-Prämienwelt“** einen Isolier-Trinkbecher, einen Mumien schlafsack, eine Kaffee-Maschine, ein Zelt oder eine Actionkamera.

Eigentlich unwahrscheinlich, dass sich auch nur ein einziger Landwirt bei der Wahl der Pflanzenschutzmittel von derlei Reklame beeinflussen lässt. Trotzdem sollte nach dem Vorbild der Zigaretenschachteln ein **verpflichtender Zusatz unter diesen Werbe-Anzeigen** stehen, der gezielt an die Nichtlandwirte gerichtet sein sollte: **„Diese Art von Werbung gefährdet ihr Bild von Bauern – diese Reklame spiegelt nicht den Stand des Urteilsvermögens und der Fachkenntnis von Landwirten wieder!“ -en**

Probleme mit Pflanzenschutzmittel-Resistenzen generell oder von Mitteln in bestimmten Kulturen:

Ackerfuchsschwanz – Windhalm – Flugafer - Weidelgräser – Trespe – Vogelsternmiere – Kamille-Arten - Melde – Weißer Gänsefuß - Kreuzkraut – Amarant – Schwarzer Nachtschatten – Vogelmiere - Klatschmohn – Kornblume – Veronica-Arten – Acker-Stiefmütterchen - Hirse -

Gelbrost – Gerstenramularia – Weizenseptoria – Getreidemehltau – DTR-Pilz –

Schneesimmel – Netzfleckenkrankheit - Cercospora – Phytophthora -

Rapsglanzkäfer – Kohlschotenrüssler –Erdflöhen – Kartoffelkäfer – Arten von Weißer Fliege / Thripsen / Grüner Blattlaus ...

Link:

<https://www.julius-kuehn.de/pflanzenschutz/fachausschuesse-pflanzenschutzmittelresistenz/>

FAZ - 23.01.2017, von JAN GROSSARTH **Zukunft der Pestizide**

... die Ernten seien von immer weniger chemischen Pflanzenschutzmitteln abhängig. Resistenzen von Insekten und Pflanzen dagegen nehmen dramatisch zu. Das landwirtschaftliche System gerate an vielen Standorten an Grenzen und überlebe nur mit „gigantischem Chemieaufwand“ sagte der DLG-Präsident Carl-Albrecht Bartmer.

... Joachim Kakau, ein Professor für Pflanzenschutz, unterstützt Bartmers klare Mahnung. Sie habe ihn in dieser Ehrlichkeit überrascht, sagt Kakau, der an der Hochschule Osnabrück lehrt, dieser Zeitung. „Wir sehen eine unglaubliche Dynamik, mit der sich in den vergangenen Jahren neue Resistenzen gebildet haben.“

Ein Beispiel ist das Unkraut Ackerfuchsschwanz. Nur noch wenige Herbizide seien dagegen wirksam - in Deutschland. In England gebe es schon einen multiresistenten Ackerfuchsschwanz. ...

Ein weiteres Beispiel: Bodenpilze, die Kartoffeln befallen. Oder Nematoden, kleine Würmer, die die Wurzeln fressen. Es gibt mittlerweile „Bodenpilze, die wir überhaupt nicht mehr bekämpfen können“, sagt Kakau. Dann schreibt der Gesetzgeber vor, dass auf dem Acker so lange keine Kartoffeln mehr angebaut werden dürfen, bis sämtliche Schädlinge tot sind. Das kann 30 bis 50 Jahre lang dauern.

Worin liegt die Ursache? Kakau sagt klar: darin, dass die Landwirte nicht langfristige Folgen ihres Tuns einkalkulierten. Ihre Entscheidungen über die Fruchtwahl seien in der Regel von der Preislage bestimmt. So gebe es im Nordwesten Bauern, die alle zwei Jahre Kartoffeln anbauen - zu häufig. Dabei weiß man: Ein Drei-Jahres-Zyklus in der Fruchtfolge genügte schon, um die Bodenpilze und Nematoden schadlos zu halten. „Aber die Bauern haben Jahrzehnte gutes Geld damit verdient, dass sie ackerbauliche und pflanzenbauliche Aspekte nicht berücksichtigt haben. Dafür müssen sie jetzt zahlen“, sagt Kakau.

Mehr zum Thema

- [Große Sorge ums Essen: Die Landwirtschaft nach einem Systemwechsel](#)

Es gibt eine Reihe weiterer Beispiele für schnelle Resistenzausbreitung seit etwa zehn Jahren: beim Windhalm, beim Rapsglanzkäfer. Vom Bauernverband wünschte sich der Fachmann mehr Selbstkritik.

Was sagt die Chemiewirtschaft? „Wir fahren gegen die Wand.“ Das sind die Worte des Sprechers des Agrarchemiekonzerns Syngenta: „Weil uns die Wirkstoffvielfalt abhandengekommen ist, weil sich die Pakete immer weiter einengen, machen wir es den Insekten und Pflanzen relativ leicht, sich darauf einzustellen.“ Auch er gesteht Mängel in der landwirtschaftlichen Praxis ein. Aber er sieht auch in Brüssel Ursachen: ständig steigende Umwelt- und Gesundheitsanforderungen in der Pestizidzulassung würden zu unüberwindbaren Hürden. Ein Beispiel: die geplante Bienenprüfrichtlinie. „Die wird dazu führen, dass wir nicht mehr in der Lage sein werden, Insektizide zuzulassen“, sagt der Sprecher,

... Der Bauernverband pflegt das Beleidigtsein. Walter Heidl, bayerischer Bauernpräsident, kontierte Kritik des DLG-Präsidenten mit den Worten, er lasse sich die Arbeit fleißiger Bauern nicht „schlechtreden“. Bauernpräsident Rukwied wiederholt mantraartig seinen Wunsch nach „Dialog und Sachlichkeit“. Pflanzenschutzforscher Kakau stellt zum Problembewusstsein vieler Landwirte bezüglich der Resistenzexplosion fest: „Ihr erster und einziger Reflex ist: Wir brauchen neue Insektizide.“ Das erinnert an das Verhalten von Suchtkranken.

<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/zukunft-der-pestizide-immer-schnellere-chemie-resistenzen-mindern-die-ernten-14708404.html>

FAZ – 24.4.2017 – Jan Grossarth

Die Landwirtschaft erzeugt zunehmend Resistenzen

Der Verbrauch von Pflanzenschutzmitteln steigt, weil ihre Wirksamkeit schwindet. Ist die Ertragsfixiertheit der Bauern Teil des Problems?

... die Grünen suchen vor der Bundestagswahl eine Antwort auf die Frage: „Wie schaffen wir den Ausstieg aus dem Großverbrauch?“

... Die agrarische Fachpresse, in der Hochschulprofessoren und Praktiker berichten und die nicht von den Bauernverbänden abhängt, ist zunehmend mit Meldungen über neue Resistenzbildungen gefüllt. Beispiele aus diesem Frühjahr: Gegen den Schädling Rapsglanzkäfer sind seit Jahren gespritzte Wirkstoffe der lange geläufigen Klasse-2-Pyrethroide nicht mehr wirksam.

... Gegen den Weizenpilz Septoria mehren sich insbesondere in Großbritannien Resistenzen; dann bleibt nur noch ein einziger Wirkstoff. Der gefräßige Schädling Kohlschotenrüssler hingegen sei in Norddeutschland resistent gegen bestimmte Wirkstoffe, so auch der Rapserdfloh, berichtet die Agrarwissenschaftlerin Stefania Kupfer vom staatlichen Pflanzenschutzdienst Brandenburg in dem neuesten Fachheft „DLG-Mitteilungen“. Der Wurzelpilz Verticillium breitet sich im Norden aus,

das Wasserrübenvergilbungsvirus gebe es neuerdings „nahezu überall“. Der Grund: Blattläuse übertragen es, und gegen diese haben die Rapsbauern kein Mittel mehr, seitdem der Gesetzgeber in Brüssel vor drei Jahren die Wirkstoffe Neonikotinoide verbot. Und gegen andere Insektizide sei der Überträger, die Grüne Pfirsichblattlaus, schon resistent. Resistente Ungräser vermehren sich auf deutschen Äckern exponentiell. „Ein Schritt vor dem Abgrund“, titelten die „DLG-Mitteilungen“ daher schon 2015.

... **Gründe sind Monokulturen, seltene Fruchtwechsel, großflächiger Anbau. Sie** machen es nötig, dass Agrarchemikalien für die Landwirte zum Standardmittel werden. ... Aus dem Deutschen Bauernverband ist nicht zu vernehmen, dass die Bauern selbst durch ihre Anbaumethoden die Resistenzen herbeiführten. Stattdessen schiebt er den Schwarzen Peter nach Brüssel. Anlässlich der nur durch Behandlung möglichen Kartoffelernte im feuchten Sommer 2016 forderte Bauernverbandspräsident Joachim Rukwied, dass die Politik mehr Wirkstoffe zulassen müsse. Der Industrieverband Agrar ließ eine Studie veröffentlichen, wonach deutsche Zulassungsbehörden zu langsam arbeiteten.

Wikipedia: Glyphosatresistenz

... **Der umfangreiche und einseitige Einsatz von Glyphosat, besonders auf Flächen mit glyphosatresistenten Kulturpflanzen, hat teilweise zur Entwicklung von glyphosatresistenten Unkräutern und Ungräsern geführt.** Dabei haben diese Pflanzen durch [Mutationen](#) und den hohen [Selektionsdruck](#) selbst Resistenzen entwickelt, die die vom Glyphosat blockierten Stoffwechselwege ebenfalls überbrücken und damit das Überleben der Pflanzen trotz Glyphosateinsatz ermöglichen.

Die starke Anwendung von herbizidresistenten Kulturpflanzen in den USA, Argentinien und Brasilien hat diese Entwicklung begünstigt. Aber auch in Europa sind bereits Resistenzen von Unkräutern und Ungräsern bekannt geworden. Aufgrund der breiten Verwendung glyphosathaltiger Produkte wird erwartet, dass dieser Prozess sich in Zukunft verstärken wird. Vor diesem Hintergrund werden Maßnahmen empfohlen, die den Selektionsdruck auf Unkräuter reduzieren und es wird eine breiter gefächerte Unkrautbekämpfung empfohlen. Als Möglichkeiten werden genetische Innovationen, neuartige full-dose-Herbizidmischungen und Alternativen zu Glyphosat genannt. Mechanische und feinmechanische Ackerbauverfahren sowie pflanzenbauliche Praktiken wie Pflanz- und Fruchtfolgeplanung werden angeraten, um die Abhängigkeit von Glyphosat zu reduzieren. Dies sei erforderlich, damit die Vorteile von Glyphosat in Zukunft weiterhin genutzt werden können. ...

Deutschlandfunk - 26.04.2017:

[BUND zu Bienensterben](#)

"Dramatisch und alarmierend"

Imkern zufolge haben 50 Prozent der Bienenvölker den Winter nicht überlebt. Gründe

seien intensive Landwirtschaft, das Fehlen von Streuobstwiesen und Hecken sowie der massive Einsatz von Pestiziden, sagte Corinna Hölzel vom BUND im DLF. Um weiteres Artensterben zu stoppen, sei ein Nationaler Bienen-Aktionsplan dringend erforderlich.

Corinna Hölzel, Pestizid-Expertin beim BUND, stellt mit der Aurelia-Stiftung zusammen gerade den [Nationalen Bienenaktionsplan](#) vor.

Fakten zu Neonicotinoiden

von agrarheute/aiz, am Freitag, 22.01.2016

Im Mai 2013 schränkte die EU-Kommission die Verwendung der neonicotinoiden Wirkstoffe Clothianidin, Imidacloprid und Thiamethoxam in Pflanzenschutzmitteln ein. 2017 steht eine Neubewertung durch die EFSA an.

Neonicotinoide sind eine Gruppe von hochwirksamen **Insektiziden**. Sie alle sind synthetisch hergestellte Wirkstoffe, die sich an die Rezeptoren der Nervenzellen binden und so die **Weiterleitung von Nervenreizen stören**. Neonicotinoide wirken auf die Nervenzellen von Insekten weit stärker als auf die Nerven von Wirbeltieren. Die bekanntesten drei neonicotinoiden Wirkstoffe sind **Clothianidin**, **Imidacloprid** und **Thiamethoxam**.

2. Neonicotinoide werden vor allem als Beizmittel eingesetzt

Die meisten Neonicotinoide können zur **Blattbehandlung**, als **Beizmittel** und zur **Bodenbehandlung** eingesetzt werden. Etwa 60 Prozent der Anwendungen entfallen aber auf Beizmittel und Bodenapplikationen.

3. Neonicotinoide werden für das Bienensterben verantwortlich gemacht

Seit Anfang der 2000er Jahre stehen bestimmte in der Saatgutbehandlung verwendete Pflanzenschutzmittelwirkstoffe im Verdacht, für das "**Bienensterben**" mitverantwortlich zu sein. In zahlreichen wissenschaftlichen Untersuchungen wurden seitdem die Wirkungen der sogenannten Neonikotinoide auf die Bienen beschrieben.

4. EFSA identifiziert Risiken für Bienen

Nach Bekanntwerden neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse über subletale Auswirkungen auf Bienen beauftragte die EU-Kommission die **Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA)**. Wissenschaftler der **EFSA** haben Risiken für Bienen identifiziert, die von den drei Neonicotinoid-Insektiziden Clothianidin, Imidacloprid und Thiamethoxam ausgehen.

- Exposition durch **Pollen** und **Nektar**: Nur die Verwendung bei Nutzpflanzen, die für Honigbienen uninteressant sind, wurde als akzeptabel erachtet.
- Exposition durch **Stäube**: Ein Risiko für Honigbienen bestand bzw. konnte nicht ausgeschlossen werden, mit einigen Ausnahmen, wie bei der Verwendung für Zuckerrüben oder Nutzpflanzen, die in Gewächshäusern angebaut werden, und bei der Verwendung einiger Granulatformen.

- Exposition durch **Guttation**: Nur die Risikobewertung für mit Thiamethoxam behandeltem Mais konnte abgeschlossen werden. Hier zeigen Feldstudien eine akute Wirkung auf Honigbienen, die dem Wirkstoff mittels Guttationsflüssigkeit ausgesetzt waren.

5. Saatgutbehandlung im Raps wird verboten

Auf der Grundlage des Berichts der EFSA schränkte die EU-Kommission mit der [Durchführungsverordnung \(EU\) Nr. 485/2013](#) vom 24. Mai 2013 die zulässigen Verwendungen für drei neonicotinoiden Wirkstoffe Clothianidin, Imidacloprid und Thiamethoxam in Pflanzenschutzmitteln ein. Gemäß dieser Verordnung dürfen Pflanzenschutzmittel mit diesen Wirkstoffen nur noch für gewerbliche Anwendungen zugelassen werden. Weiterhin sind in bestimmten Kulturen Saatgut- und Bodenbehandlungen gar nicht mehr zulässig und Blattbehandlungen nur nach der Blüte. Auch das Pflanzenschutzmittel Cruiser Osr zur Saatgutbehandlung im Raps wurde verboten. Die als besonders kritisch angesehene Saatgutbehandlung von Mais mit Neonicotinoiden ist in Deutschland bereits seit 2008 verboten.

Laut Durchführungsverordnung sind folgende Verbote und Ausnahmen für die Landwirtschaft interessant:

- **Weizen und Gerste**: Saatgut- und Bodenbehandlungen sind nur dann erlaubt, wenn die Aussaat zwischen Juli und Dezember erfolgt. Blattbehandlungen sind verboten.
- **Mais, Raps, Sonnenblume**: Saatgut- und Bodenbehandlungen sind verboten. Blattbehandlungen sind nur nach der Blüte erlaubt.
- **Zuckerrübe**: Ist nicht von Verboten betroffen (da die Ernte vor der Blüte erfolgt).

6. Verbot von behandeltem Saatgut

Laut Durchführungsverordnung der EU ist seit 1. Dezember 2013 auch die **Verwendung und das Inverkehrbringen** einer Reihe von Saatgutarten verboten, die mit Clothianidin, Imidacloprid oder Thiamethoxam behandelt wurden, es sei denn, das Saatgut wird in Gewächshäusern verwendet.

7. Verbot löst Diskussionen aus

Das Echo auf das Verbot der drei neonicotinoiden Wirkstoffe war zweigeteilt. Während **Imker und Umweltverbände** das Verbot begrüßten, hielten die Landwirtschaft und die Pflanzenschutz- und Saatgutindustrie das Verbot für überzogen. Für den [Deutschen Imkerbund](#).e.V war die Entscheidung eine **Weichenstellung für Bienen - und Umweltschutz** in der Europäischen Union: "Nach langem Tauziehen konnte die EU-Kommission ihren Vorschlag durchsetzen, bienengefährliche Anwendungen von Insektiziden aus der Wirkstoffgruppe der Neonicotinoide zu verbieten." Die Union zur Förderung von [Öl- und Proteinpflanzen e.V. \(UFOP\)](#) gab zu denken, dass Flächenspritzungen mangels Wirksamkeit bei relevanten Schädlingen die insektizide Beizung nicht ersetzen könnten.

8. Neonicotinoide stehen unter Verdacht, auch Vögel zu schädigen

Wie auf Pflanzenforschung.de berichtet wird, stellen Forscher in den Niederlanden einen indirekten Effekt zwischen der Pestizid-Konzentration des häufig verwendeten Imidacloprid in der Umwelt und abnehmenden Vogelzahlen fest. Die Forscher fordern nun eine Neubewertung in der Verwendung von Neonicotinoiden in der Landwirtschaft.

9. Neubewertung in 2017

Bis Januar 2017 soll die EFSA eine **Neubewertung der Risiken** der [neonicotinoidhaltigen Insektizide](#) Clothianidin, Thiamethoxam und Imidacloprid beim Einsatz zur Saatgutbehandlung und als Granulat befassen. Neue Daten aus Studien, Forschung und Überwachung, die seit der Durchführung der vorigen Bewertungen ans Licht kamen, in Betracht genommen werden.

MELUR Schleswig-Holstein – 2.10.2015: Umweltministerium prüft weiter Pflanzenschutzsteuer – Minister Robert Habeck: "Das EU-Recht verlangt eine Minimierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln"

KIEL/BERLIN. Schleswig-Holsteins Umweltminister Robert Habeck will die Debatte um eine mögliche Steuer auf Pflanzenschutzmittel (PSM) intensiv fortführen. **"Wir müssen geeignete Wege finden, um den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und damit die Einträge in die Umwelt zu reduzieren. Das ist Handlungsauftrag, der sich aus den EU-rechtlichen Vorgaben ergibt, und Ziel der Bundesregierung. Daher sollten wir die Möglichkeit einer Steuer auf Pflanzenschutzmittel, wie es sie schon in Dänemark, Frankreich und Schweden gibt, diskutieren.** Ziel muss eine effiziente Lenkungswirkung sein", sagte Habeck heute (5. Oktober) in Berlin, wo **ein vom Ministerium in Auftrag gegebenes Gutachten** bei einem Fachgespräch mit Akteuren aus Naturschutz, Landwirtschaft, Wissenschaft und Politik vorgestellt wurde.

Habeck: Einnahmen einer PSM-Steuer sollten in die Landwirtschaft zurückfließen

Das im Juli 2014 in Auftrag gegebene Gutachten des **Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung aus Leipzig** kommt zu dem Ergebnis, dass eine solche Steuer wichtige Impulse zur Begrenzung des weiter steigenden Einsatzes von Pestiziden in der Landwirtschaft setzen kann. **Die Forscher schlagen einen Grundabgabesatz in Höhe von 20 EUR für die maximal zulässige Aufwandmenge je PSM pro Hektar und Jahr (Hektar-Basispreis) vor; hinzu kommen ein spezifischer Risikozuschlag für Gesundheitsgefahren sowie weitere Zuschlagsfaktoren, etwa für Haus- und Kleingartenmittel. Die Abgabe würde den Gutachtern zufolge den PSM-Einsatz, der typischerweise nur wenige Prozent der landwirtschaftlichen Produktionskosten ausmacht, im Durchschnitt um rund 40 Prozent je Hektar verteuern. Insgesamt rechnen die Gutachter bei ihrem Vorschlag mit Einnahmen von einer Milliarde Euro.**

"Das Gutachten ist **Grundlage für eine intensive Diskussion**", betonte Habeck. Es zeige Wege auf, wie es gehen kann. Anregungen und Kritik würden in der Diskussion ernst genommen und in die Überlegungen einfließen. "Die Landwirtschaft steht unter großem ökonomischen Druck. Vor diesem Hintergrund gilt es, **kluge Wege zu finden, wie potenzielle Einnahmen in die Landwirtschaft zurückfließen können, das ist ein wichtiger Aspekt**", sagte Habeck. Das Ministerium werde in den kommenden Monaten das Gutachten mit Bund und anderen Ländern sowie Naturschutz, Landwirtschaft, Wissenschaft und Politik weiter diskutieren, auch mit einer Veranstaltung in Schleswig-Holstein.

Dem Gutachten zufolge ist in den letzten 20 Jahren der PSM-Absatz stetig angestiegen. 2013 seien in Deutschland knapp 100.000 Tonnen Pflanzenschutzmittel mit über 30.000 Tonnen an Wirkstoffen verkauft worden. Nach dem aktuellen Bericht des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit wurden im Jahr 2014 exakt 106.155 Tonnen Pflanzenschutzmittel und 34.515 Tonnen Wirkstoffe abgesetzt.

Pflanzenschutzmittel führen zur Beeinträchtigung von Gewässern

Die Auswirkungen auf die Umwelt zeigt dabei ein Bericht der Landesregierung, für den die Daten für Schleswig-Holstein aus den Jahren 2010 bis 2014 ausgewertet wurden. Sie deuten auf eine erhebliche ökotoxikologische Beeinträchtigung der Gewässerbiologie hin. "Auch im Grundwasser sind Rückstände der Pflanzenschutzmittel und ihrer Abbauprodukte in relevantem Ausmaß zu finden. Dabei ist es die Quelle für unser gesamtes Trinkwasser. Deshalb müssen uns diese Befunde zu denken geben", betonte Habeck.

Dem Bericht zufolge werden Pflanzenschutzmittelwirkstoffe in Fließgewässern regelmäßig in nahezu allen untersuchten Proben gefunden. So wurden insgesamt an 327 Messstellen des reduzierten Gewässernetzes 1.717 Wasserproben auf Pflanzenschutzmittel untersucht. In 91 Prozent der 298 untersuchten Messstellen wurden Pflanzenschutzmittel oder deren Abbauprodukte in zumeist niedrigen Konzentrationen nachgewiesen. An 58 Wasserkörpern werden die europäeinheitlich festgelegten Umweltqualitätsnormen überschritten, so dass diese zehn Prozent der schleswig-holsteinischen Wasserkörper nicht im guten Zustand nach der Wasserrahmenrichtlinie sind. Besonders häufig wurden in Fließgewässern AMPA – ein Abbauprodukt von Glyphosat – mit 68 Prozent der Befunde nachgewiesen. Glyphosat wurde in knapp 40 Prozent und das Herbizid Terbutylazin in knapp 30 Prozent der Befunde nachgewiesen.

Seen wurden in 2012 auf das Vorkommen von Pflanzenschutzmittelwirkstoffen untersucht. Dabei wurde in sechs Seen Glyphosat und in 20 Seen dessen Abbauprodukt nachgewiesen. Weitere Pflanzenschutzmittelrückstände wurden nicht gefunden.

Auch im Grundwasser werden Wirkstoffe von Pflanzenschutzmitteln oder deren Abbauprodukte nachgewiesen. Im oberen Grundwasserleiter traten von 2010 bis 2014 in 36 Prozent der insgesamt 387 untersuchten Messstellen Nachweise auf. Überschreitungen des Grenzwertes von PSM-Wirkstoffen wurden in drei Prozent der Messstellen festgestellt, und auch die sogenannten "nicht relevanten Metabolite" überschreiten in rund drei Prozent die Orientierungswerte.

"Zwar sind sie in Bezug auf die Überschreitung des Grenzwerts nicht Besorgnis erregend, die landesweiten Nachweise zeigen aber, dass unerwünschte Stoffe ins Grundwasser gelangen. Dieses trifft insbesondere auf nicht relevante Metabolite zu, die zunehmend im Grundwasser gefunden werden."

Hinweis: Das vollständige Gutachten "Einführung einer Abgabe auf Pflanzenschutzmittel in Deutschland" ist im Verlag bei Duncker & Humblot erhältlich. Ergänzende Informationen der Autorinnen und Autoren sind dieser Medien-Information als Anlage beigelegt:

[Handout zum Presse- und Fachgespräch am 5.10.2015 \(PDF 221KB, Datei ist nicht barrierefrei\)](#)

Verantwortlich für diesen Presstext: Nicola Kabel | Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume | Mercatorstr. 3, 24106 Kiel | Telefon 0431 988-7068 | Telefax 0431 988-7137 | E-Mail: pressestelle@melur.landsh.de

Zusammenfassung des Gutachtens zur Pflanzenschutz-Steuer:

http://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/V/Presse/PI/PDF/2015/handout.pdf;jsessionid=286EF7D02EDE6E3BD0A7306D25DCE89E?_blob=publicationFile&v=1

AbL: Guter konventioneller Ackerbau (fast) ohne Glyphosat ist möglich!

AbL fordert „gut-fachliche“ Ackerbau-Strategien gemäß „integriertem Landbau“

Nach der neuen Beurteilung des Total-Herbizids Glyphosat durch die EU-Chemikalien-Agentur ECHA als „nicht krebserregend“ fordert der Landesverband Niedersachsen/Bremen der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) weitere, wirklich unabhängige Studien zu Glyphosat-Risiken und ruft zugleich auf zu einer faktenbezogenen Diskussion über wirkungsvolle ackerbauliche Strategien einer massiven Einsatz- Reduzierung dieses Wirkstoffs.

Das ECHA-Gutachten werde von Umweltgruppen zwar als nicht konzern-unabhängig bewertet, dennoch seien dadurch die Aussichten auf ein Verbot oder eine Nichtverlängerung der Zulassung von Glyphosat deutlich geringer geworden. Trotzdem habe die – in Teilen durchaus auch überspitzte – Glyphosat-Kritik von Umweltverbänden zu einem deutlichen Problembewusstsein in der Gesellschaft und auch bei Landwirten geführt. Diese Debatte müsse nun verstärkt fortgesetzt werden – gerade auch in Richtung auf eine massive Einschränkung des Einsatzes von Glyphosat.

Die AbL verwies darauf, dass sich diese Minimierungs-Strategie beileibe nicht auf nur ein Verbot des Glyphosat-Einsatzes bei der Sikkation, also bei der Abtötung von erntereifen Getreidebeständen zur Ernteerleichterung, beziehen könne. **Es müsse nun dringlich eine Rückbesinnung erfolgen auf die „gute fachliche landwirtschaftliche Praxis“ und auf bewährte ackerbauliche Strategien eines ernst gemeinten „integrierten Landbaus“ - der chemischen Pflanzenschutz nur dann erlaube, wenn wirklich alle anderen Maßnahmen eines guten im konventionellen Ackerbaus nicht mehr helfen.** Dazu gehöre unbedingt eine vorbeugende Verhinderung und Reduzierung von Problem-Unkräutern und – Ungräsern durch vielfältigere und weitere Fruchtfolgen, durch Bodenbearbeitung und mechanische Unkrautregulierung, durch andere Aussaat-Termine und Pflanzenbestands-Führung oder durch Reduzierung des Unkraut-Lichtangebots durch weniger chemische Halmverkürzung. Es gelte insbesondere, die durchaus boden- und klimaschonende Minimal-Bodenbearbeitung auch ohne chemische Beseitigung des Aufwuchses umzusetzen – also ohne gelb tot-gespritzte und akzeptenzschädliche Flächen in der Landschaft.

Dies alles, so die AbL, müsse durch Beratung und auch durch rasche Aufnahme entsprechender Regeln in die EU-Förderprogramme abgesichert werden. **Ernsthaft zu prüfen sei auch die Einführung einer Pflanzenschutz-Steuer, deren Höhe spezifisch nach Risiken und externen Folgen der einzelnen Pflanzenschutzmittel festgelegt werde – und deren Steuereinnahmen unbedingt und vollständig in die Landwirtschaft zurückfließen müssten, zur Förderung obiger Maßnahmen und zum Ausgleich von Kostennachteilen.** Nur in besonderen Fällen werde dann auch noch Glyphosat eingesetzt werden, so AbL-Vertreter Eckehard Niemann, etwa zur umbruchlosen und deshalb klimaschonenden Erneuerung geschädigter Grasnarben auf Grünlandstandorten.

Es ist laut AbL zu erwarten, dass mit dem Ende des bislang sehr umfangreichen Glyphosat-Einsatzes dann auch die weitverbreitete Besorgnis über die gesundheitlichen Folgen dieses Herbizids deutlich eingegrenzt werden könnten. AbL-Vertreter Niemann: „Guter konventioneller Ackerbau (fast) ohne Glyphosat ist möglich – wenn Bauern und Bürger das gemeinsam anpacken!“ 15.3.2017

„Verschüttetes Wissen“ statt „Werkzeugkasten“

In einem mutigen und vielbeachteten Kommentar im Wochenblatt „Land & Forst“ hat Redakteur Werner Raupert schon vor einiger Zeit dazu aufgerufen, im Ackerbau „den Hebel umzulegen“ und wieder mehr Wert auf Nachhaltigkeit zu legen. Nach den Tierhaltern spürten nun auch die Ackerbauern, dass die bisherige Wirtschaftsweise in einigen Bereichen in die Sackgasse führe: **so bei Resistenzen bei Unkräutern, Ungräsern, pilzlichen und tierischen Schaderregern.** Bisher habe man sich damit getröstet, dass die Industrie schon neue Wirkstoffe oder neue resistente Sorten bereitstellen werde – aber da sei derzeit mit einer längeren Durststrecke zu rechnen. **Der „moderne Werkzeugkasten“ helfe nicht mehr bei „zu engen und einseitigen Fruchtfolgen, unangepasstem Sortenmanagement, Fehlanwendungen von Pflanzenschutzmitteln ohne Beachtung eines fruchtfolgeübergreifenden Resistenzmanagements oder mangelhafter Feldhygiene“.** Angesagt seien Denkansätze wie **„Wechsel von Winter- und Sommerfrucht oder das Striegeln**

und Hacken der Feldfrüchte“ und Rückbesinnung auf „verschüttetes Wissen“... -en

BfR- Bundesinstitut für Risikobewertung -15/2017, 26.04.2017: Antibiotikaresistenzen: Erfolge interdisziplinärer Anstrengungen

Forschungsverbünde RESET und MedVet-Staph präsentieren Ergebnisse aus sieben Jahren Forschung zur Entwicklung und Verbreitung von Antibiotikaresistenzen bei Mensch und Tier

Da antibiotikaresistente Bakterien zwischen Mensch und Tier übertragen werden können, muss die Forschung zur Antibiotikaresistenz insbesondere die Mechanismen bei der Verbreitung der Bakterien und der Resistenzgene untersuchen. Das ist ein Ergebnis, das auf dem Abschluss-Symposium der Forschungsprojekte RESET und MedVet-Staph vom 26. - 28. April 2017 am Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) präsentiert wird.

„Antibiotikaresistente Bakterien stellen eine komplexe Herausforderung dar. Deshalb setzt sich Deutschland mit der Deutschen Antibiotika-Resistenzstrategie DART2020 nachhaltig dafür ein, die Gesundheit von Mensch und Tier zu schützen“, sagt BfR-Präsident Professor Dr. Dr. Andreas Hensel. „Im Sinne der One-Health-Strategie ist dazu interdisziplinäre Forschung durch Veterinär- und Humanmediziner sowie Molekularbiologen und Epidemiologen notwendig, wie die Verbundprojekte RESET und MedVet-Staph erfolgreich zeigen.“ In diesen Forschungsverbänden werden seit 2010 die Entwicklung, Verbreitung und auch die Mechanismen der Resistenz gegenüber bestimmten Antibiotika bei *Escherichia coli* und *Staphylococcus aureus* bei Mensch und Tier untersucht. An den Verbundprojekten sind neben dem BfR zahlreiche Hochschulen und wissenschaftliche Institutionen in Deutschland beteiligt.

Im Verbund RESET werden Resistenzen gegen die besonders wichtigen Antibiotika-Klassen der Cephalosporine und (Fluor)Chinolone bei Darmbakterien wie *Escherichia (E.) coli* erforscht.

Einige Stämme dieser Bakterien können Cephalosporine zerstören. Sie benutzen dazu Enzyme, die als „Extended-Spektrum Beta-Laktamasen“ (ESBL) und AmpC Beta-Laktamasen (AmpC) bezeichnet werden. Diese Fähigkeit können die Stämme an andere Bakterien weitergeben. Untersuchungen im RESET-Verbund haben ergeben, dass ESBL- bzw. AmpC-produzierende *E. coli* in Nutztierbeständen weit verbreitet sind. In allen untersuchten Betrieben mit Geflügelhaltung wurden diese Bakterien nachgewiesen. In 85 % der untersuchten Schweinemast- und Milchviehbetriebe und in 70 % der Rindermastbetriebe treten sie ebenfalls auf. Erstmals wurden

auch *E. coli* und *Salmonella* bei Nutztieren in Deutschland gefunden, die zusätzlich Carbapeneme zerstören können. Diese Antibiotika werden in Krankenhäusern eingesetzt, um Infektionen mit multiresistenten Bakterien zu behandeln.

Nicht immer ist die Gabe von Antibiotika verantwortlich für das Auftreten resistenter Bakterien. ESBL- bzw. AmpC-bildende *E. coli* treten auch in Tiergruppen (insbesondere in Masthähnchen) auf, die nicht mit Antibiotika in Kontakt gekommen sind. Entlang der Produktionskette können die Bakterien und Resistenzgene verschleppt und in der Küche auf andere Lebensmittel übertragen werden. ESBL-*E. coli* konnten im Rahmen von Studien bei 6,3 % der gesunden Allgemeinbevölkerung und ähnlich häufig bei Landwirten mit Schweinehaltung festgestellt werden. In Krankenhäusern nahm der Anteil der ESBL-positiven *E. coli* und Klebsiellen an allen im Krankenhaus erworbenen Infektionen mit diesen Enterobakterien in Deutschland zwischen 2007 und 2012 von 11,9 % auf 15,4 % zu.

Insgesamt zeigten die molekularbiologischen Untersuchungen, dass verschiedene ESBL-bildende Bakterien die Fähigkeit besitzen, sich zwischen Menschen, Tieren und deren Umwelt auszutauschen. Offenbar erfolgt die Übertragung der Bakterien mit ihren Resistenzeigenschaften relativ selten. Allerdings können die Resistenzgene zwischen verschiedenen Bakterien ausgetauscht werden, was ihre Nachverfolgung schwieriger macht. Es ist daher derzeit nicht möglich, die Bedeutung der Nutztiere für die Besiedelung und Infektion des Menschen mit ESBL- bzw. AmpC-bildenden Enterobakterien genau abzuschätzen.

RESET-Koordinator Professor Dr. Lothar Kreienbrock an der Tierärztlichen Hochschule Hannover sagt: „Unsere neu geschaffene gemeinsame Datenbank ermöglicht es, sowohl die Daten zur Herkunft der Proben von Mensch, Tier, Lebensmittel und Umwelt als auch die zu den Eigenschaften der Bakterienstämme übergreifend zu analysieren. **So ist es z. B. auf Grundlage dieser gemeinsamen Stamm- und Datensammlung erstmals gelungen, das übertragbare Colistinresistenzgen (*mcr - 1*) in *E. coli* aus deutschen Nutztierbeständen nachzuweisen.**“ Diese gemeinsam mit der Zoonoseplattform und der TMF - Technologie- und Methodenplattform für die vernetzte medizinische Forschung e.V. entwickelten Möglichkeiten gelte es daher im Sinne der One-Health-Strategie weiter auszubauen und zu verstetigen.

Der Verbund MedVet-Staph widmet sich der Bedeutung der Übertragung antibiotikaresistenter Staphylokokken einschließlich der Methicillin-resistenten *Staphylococcus aureus*-Stämme (MRSA) zwischen Tier und Mensch. MRSA besiedeln in Deutschland etwa 0,8 % der gesunden Menschen in der Allgemeinbevölkerung (zumeist im Bereich der Nase oder des Rachens). Nutztierassoziierte MRSA-Typen lassen sich dabei durch die Untersuchung des genetischen Fingerabdrucks von MRSA unterscheiden, die zum Beispiel bei im Krankenhaus erworbenen Infektionen beschrieben werden. Der Koordinator des Verbundes PD Dr. med. Robin Köck von der Universität Münster sagt: „Die Ergebnisse des MedVet-Staph-Verbundes haben verdeutlicht, **dass der Übertragungsweg zwischen Tier und Mensch unbedingt bedacht werden muss, wenn man die Verbreitung von MRSA verstehen will. Wir haben gezeigt, dass besonders der unmittelbare Kontakt zu MRSA-tragenden Nutztieren, wie er bei**

Landwirten oder Tierärzten besteht, ein hohes Risiko für die Übertragungen darstellt. In der Schweinehaltung tragen mehr als 80 % der Landwirte den Keim.“

Nicht nur bei Nutztieren, sondern auch bei Pferden, Hunden und Katzen treten MRSA zunehmend als Erreger von Wundinfektionen auf. Die bei diesen Tieren nachgewiesenen MRSA unterscheiden sich aber von denen bei Nutztieren.

Im Rahmen des Projektes wurden nicht nur MRSA bei Nutztieren und Landwirten nachgewiesen, sondern auch andere Bakterien, wie z. B. Enterokokken und Koagulase-negative Staphylokokken, die gegenüber Substanzen, wie z. B. Linezolid oder Daptomycin, resistent sind und in der Humanmedizin als Reserveantibiotika verwendet werden. Weitere Forschungsarbeiten zum Vorkommen antibiotikaresistenter Bakterien bei Nutztieren und in Lebensmitteln, aber auch bei Haustieren und in der Umwelt sind deshalb notwendig.

In dem Forschungsverbund MedVet-Staph wurde auch geprüft, in welchem Umfang tierassoziierte MRSA beim Menschen zu Erkrankungen führen. Die Häufigkeit nutztierassoziiierter MRSA-Klone hat in Deutschland insgesamt zugenommen. Dabei bestehen deutliche regionale Unterschiede: In einzelnen Regionen mit intensiver Nutztierhaltung (z. B. im Norden Nordrhein-Westfalens) sind diese Bakterien für mehr als 10 % der schweren MRSA-Infektionen bei Menschen verantwortlich.

Allerdings können nicht alle Nachweise beim Menschen auf den direkten Kontakt mit positiven Tieren zurückgeführt werden. Der Verbund MedVet-Staph wies nach, dass in ländlichen Regionen 38 % der Menschen, die mit nutztierassoziierten MRSA-Typen besiedelt waren, keinen direkten Kontakt zu Nutztieren hatten. **Es ist daher davon auszugehen, dass die Bakterien auch über andere Wege (z. B. von Mensch zu Mensch) weitergegeben werden.** Nach Forschungsergebnissen des BfR und aus Dänemark gibt es Ähnlichkeiten zwischen MRSA aus Geflügelfleisch, insbesondere Putenfleisch, und Bakterienisolaten von Menschen. Das legt nahe, dass nutztierassoziierte MRSA in einzelnen Fällen auch über Lebensmittel auf Menschen übertragen werden können. **Am BfR wurden dazu experimentelle Studien mit Hähnchenfleisch durchgeführt. Es konnte gezeigt werden, dass ausgehend von kontaminierten Lebensmitteln während der Verarbeitung und Zubereitung in der heimischen Küche eine Verschleppung von MRSA und ESBL-bildenden *E. coli* auf andere Speisen, die dann vom Menschen ohne weitere Erhitzung verzehrt werden, stattfinden kann. Allerdings scheint die Bedeutung dieses Übertragungsweges vergleichsweise gering zu sein.**

Die Forschungsverbände RESET und MedVet-Staph werden vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert und bestehen jeweils aus Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus der Human- und Tiermedizin, der Grundlagen- und der angewandten Forschung.

Weitere Informationen zu RESET und MedVet-Staph unter

- www.reset-verbund.de
- www.medvetstaph.net

Ausgewählte Faktoren

MRSA-positive Herden:
52,5 Prozent

Faktor		Anzahl Herden	MRSA-positive Herden in %
Mastplätze	0-499	109	27,5
	500-999	113	58,4
	1000-4999	140	67,1
	>=5000	21	71,4
Betriebsart	Ferkelproduktion mit Mast	108	38,9
	Aufzucht und Mast	38	63,2
	Reine Mast	241	58,1
Antibiotika-Gruppenbehandlung Mastphase	Nein	182	37,4
	Ja	198	65,7
Betrieb mit weiterer Nutztierart	Nein	281	57,3
	Ja	103	42,7
Ökologische Haltung	Nein	373	54,7
	Ja	23	13,0

Pressemitteilung

AbL: Schmidts „Tierwohllabel light“ ist gescheitert – ein flächendeckend- verbindlicher Tierschutzplan ist angesagt!

Der Landesverband Niedersachsen/Bremen der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) konstatiert das offensichtliche Scheitern der Pläne von Bundesagrarminister Schmidt, mit einem „Tierwohllabel light“ von der dringend angesagten Umsetzung eines umfassenden und verbindlichen Tierschutzplans abzulenken. Ein solcher Tierschutzplan, den die EU-Kommission längst gegenüber allen EU-Staaten einfordere, müsse die von der EU geforderten Mindeststandards nun auch in Deutschland umsetzen – so wie bisher schon in Schweden, Finnland, in baltischen Staaten, Österreich oder auch in Norwegen und der Schweiz. Der Wissenschaftliche Beirat des Agrarministeriums habe in seinem Gutachten zur Zukunft der Nutztierhaltung hierzu ein trilateral abgestimmtes Vorgehen der Haupterzeugungsländer Deutschland, Niederlande und Dänemark angemahnt, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden.

Der niedersächsische Tierschutzplan, der von der früheren CDU-FDP-Landesregierung auf Druck der EU erarbeitet worden sei und nun von der rotgrünen Landes-Koalition umgesetzt werde, biete hierfür eine gute Vorlage: zum Beispiel mit einem Verbot des Kürzens von Schweine-Ringelschwänzen und dem Gebot eines Zugangs der Tiere zu Stroh. Das führe in der ganzen Branche zur Umsetzung umfassend artgerechterer Haltungsbedingungen mit mehr Platz, Stroh und Außenklima. Auch die Nutztierhalter selbst drängten längst auf klare und verlässliche Ansagen der Politik in diesen Fragen, ebenso bei der Umstellung der Kastenstandhaltung von Sauen auf eine Gruppenhaltung mit freier Bewegung der Tiere. Die AbL fordert erneut ein nationales Umbauprogramm und Übergangsfristen, die allerdings weit unter den von der Agrarindustrie derzeit noch geforderten Zeiträumen liegen müssten.

Der AbL-Landesvorsitzende Ottmar Ilchmann betont die gravierenden Vorteile von so gesetzten ordnungsrechtlichen Mindeststandards: Anders als bei allen Tierwohllabeln würden so flächendeckend und zwingend akzeptable Tierwohl-Vorschriften geschaffen, so dass es keine konkurrierenden Billigangeboten zu niedrigeren Standards mehr geben könne. Zum anderen sei mit diesen flächendeckend wirksamen Tierwohl-Vorgaben ein deutlicher Rückgang auch der erzeugerpreis-drückenden Überschuss-Erzeugung verbunden, so dass die Umstellung begleitend auch durch überproportionale Erzeugerpreis-steigerungen abgesichert sei. Anders als Agrarfabriken könnten gerade mittelständisch-bäuerliche Betriebe mit Flächenbindung und eigener Strohwerbung diese Tierwohlvorgaben gut umsetzen.

2.637 Zeichen – 27.04.2017

Link: Siehe auch:

Topagrar.com - Lesen Sie mehr auf: <https://www.topagrar.com/news/Schwein-News-Schwein-Staatliches-Tierwohllabel-Jetzt-sitzt-Schmidt-zwischen-allen-Stuehlen-8137701.html>

TAZ - Jost Maurin – 26.4.2017:

Umstrittenes Tierwohllabel

1 Quadratmeter für 100 Kilo Tier

Erstmals gibt der Landwirtschaftsminister Details zum „Tierwohllabel“ bekannt. Manche Tierschutzverbände es unterstützen es nicht mehr.

BERLIN taz | Das geplante staatliche „Tierwohllabel“ für Fleisch soll nach dem Wunsch von Bundesagrarminister Christian Schmidt (CSU) vor allem mehr Platz im Stall garantieren. Das sieht sein [Entwurf der Kriterien](#) für die Schweinehaltung vor. Anders als private Siegel soll das Label durch ein Gesetz geregelt werden und deshalb glaubwürdiger sein. Erklärtes Ziel ist, dass mehr Verbraucher als bisher durch ihre Kaufentscheidung zu einer besseren Tierhaltung beitragen.

Ein Fortschritt ist nach Schmidts Plan, dass Schweine je nach Gewicht 14 bis 33 Prozent mehr Platz als gesetzlich vorgeschrieben bekommen sollen. Ein 100 Kilogramm schweres Tier könnte dann auf 1 Quadratmeter leben. Das soll für die Einstiegsstufe des Labels gelten. Die „Premiumstufe“ verlangt 70 bis 100 Prozent mehr Platz und teilweise Auslauf im Freien.

Sauen dürfen weiter in den Käfig

Eingeschränkt werden soll die Haltung von Sauen in Kastenständen. Das sind Metallkäfige, die so eng sind, dass sich die Tiere nur schwer hinlegen können. Laut Agrarministerium dürfen Sauen dort derzeit für 28 Tage nach der Besamung eingesperrt werden. Die Einstiegsstufe des Labels soll lediglich 4 Tage erlauben. Doch vor und nach der Geburt der Ferkel dürfte die Sau doch wieder wochenlang in den Käfig gesperrt werden, damit sie keinen ihrer Nachkommen erdrückt.

Gesäugt werden sollen die Ferkel in der Eingangsstufe mindestens 4, in der Premiumstufe 5 Wochen. Derzeit seien nur 3 Wochen die Regel, schreibt das Ministerium. Männliche Ferkel werden meist kastriert, damit ihr Fleisch später nicht unangenehm riecht. Schmidts Siegelkriterien erlauben das Abschneiden der Hoden nur noch mit Betäubung. Das ist ab 2019 in Deutschland gesetzlicher Standard. Das Label soll aber auch verbieten, ohne Narkose kastrierte Ferkel aus dem Ausland zu halten.

In der Eingangsstufe dürfte den Tieren weiterhin einen Teil des Schwanzes amputiert werden, damit sie sich nicht gegenseitig verletzen. Einzige Bedingung: „Labelbetriebe müssen den Einstieg in den Ausstieg dokumentieren.“ Nur die Premiumstufe verbietet das sogenannte Schwanzkupieren.

„Betrug für Mensch und Tier“

„Schwanzkürzen, Schweinehaltung auf Beton ohne Einstreu und die wochenlange Fixierung von Sauen im Kastenstand sind in der Einstiegsstufe des Labels weiterhin erlaubt ... Das ist **Betrug für Mensch und Tier**“, kritisierte Denise Schmidt, Kampagnenleiterin des Tierschutzverbands Vier Pfoten, der wie ProVieh seinen Austritt aus Schmidts Label-Arbeitsgruppe erklärte.

Der Deutsche Tierschutzbund teilte mit, er könne das Siegel „aktuell“ nicht unterstützen. Viele Tierschützer werfen Schmidt vor, er habe in seiner bisher dreijährigen Amtszeit versäumt, sich für wesentlich strengere Haltungsvorschriften einzusetzen, die für alle Tiere gelten würden.

Sowohl der Bauernverband als auch der grüne Agrarpolitiker Friedrich Ostendorff bezweifelten, dass der von Schmidt erwartete Preisaufschlag in Höhe von 20 Prozent reichen wird. Ungewiss ist auch, ob das Label überhaupt Gesetz wird. Selbst Schmidt behauptet nicht, dass der Bundestag bereits in dieser Legislaturperiode zustimmen werde. Und Ostendorff hält es für unwahrscheinlich, dass Schmidt nach der Wahl noch im Amt sein wird.

<http://www.taz.de/Umstrittenes-Tierwohlabel/!5404979/>

AGRARZEITUNG - Fleischbranche | 27. April 2017

Philosoph prognostiziert Umbruch

Die Fleischproduktion, so wie sie heute ist, wird es in wenigen Jahrzehnten nicht mehr geben. Diese These vertrat der deutsche Philosoph Prof. David Richard Precht gestern auf dem Meat Vision Day der Allgemeinen Fleischerzeitung (afz). Nachwuchsunternehmer in der Fleischbranche sind dennoch optimistisch.

Ein Umbruch in der Fleischproduktion wird kommen, da ist sich der Philosoph Richard David Precht sicher. Die Massenproduktion zu sehr günstigen Preise habe keine Zukunft, sagte er gestern in Frankfurt am Main auf dem afz-Meat-Vision-Day.

"Das Geschäftsmodell intensive Tierhaltung wird sterben", sagte Precht. Günstiges Fleisch sei zwar gut für den sozialen Frieden, aber einen Anspruch darauf gebe es nicht. "Kunstfleisch", das aus Nackenzellen von Kühen in der Petrischale gezogen werden kann, ist für Precht der Ersatz für "billiges Fleisch". Angesichts einer wachsenden Weltbevölkerung, Klimawandel, geringer Flächenverfügbarkeit und schwindender Ressourcen bietet das Kunstfleisch Vorteile: es muss kein Tier sterben und es beschwichtigt das ökologische Gewissen der Käufer. "Wenn das kommt, können Sie damit preislich nicht konkurrieren", so Precht. ... Precht prognostiziert den Umbruch in rund 20 Jahren. Alternative Fleischprodukte wie vegetarische Wurst oder Fleischspezialitäten, die ihren Markt finden, wird es seiner Meinung nach aber weiterhin geben. (AW)

Evangelisches Bauernwerk | 26. April 2017 **Dr. Clemens Dirscherl entlassen**

Nach mehr als einem Vierteljahrhundert trennt sich das Evangelische Bauernwerk überraschend von seinem Geschäftsführer. Doch mit Dirscherl ist weiter zu rechnen.

Dr. Clemens Dirscherl, langjähriger Geschäftsführer des Evangelischen Bauernwerks in Württemberg muss gehen: Der Vorstand hat den 58-Jährigen überraschend entlassen. Seit mehr als 25 Jahren war Dirscherl im Amt des Geschäftsführers. Nun scheitert die Zusammenarbeit an "grundsätzlich unterschiedlichen Vorstellungen über die Geschäfts- und Personalführung", wie der Vorstand seine Entlassung begründet.

"Nach langer Diskussion haben wir durch eindeutige Abstimmung beschlossen, dass wir unsere Zusammenarbeit mit ihm nicht mehr fortsetzen wollen", heißt es in einer Mitteilung des Vorstands zur Trennung. Und weiter: "Für uns alle ist dies ein sehr schmerzlicher Prozess, der uns große Mühen und Kopfzerbrechen bereitet hat, aber am Ende doch unausweichlich war."

Hier finden Sie die vollständige Mitteilung des Vorstands:



Das Ende der Arbeit für den kirchlichen Verein aus Waldenburg-Hohebuch mit seinen rund 1.000 Mitgliedern bedeutet nicht zugleich das Ende der Arbeit von Clemens Dirscherl für die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD). Auch weiter ist Dirscherl Ratsbeauftragter der EKD für agrarsoziale Fragen. Der Sozialökonom, der seine Doktorarbeit über die vertikale Integration in der Landwirtschaft schrieb, ist nicht nur in der Kirche aktiv. Er gehörte auch dem Kompetenzkreis Tierwohl von Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) an und ist im Beirat des Tierschutz-Labels des Deutschen Tierschutzbundes. Mit Aussagen wie „man muss sich zwischendurch klarmachen, dass die Welt nicht nur aus dem Ponyhof besteht“ oder „Wir haben beim Evangelischen Kirchentag keine Gesichtskontrolle und keine Meinungskontrolle“, zieht er viel Aufmerksamkeit auch außerhalb von Kirchenkreisen auf sich. (az)

***rbb 24 – Panorama – 26.4.2017* Brandenburg aktuell | Ludger Smolka**
Neue Verordnung in Arbeit
Brandenburg will gefährliche Wölfe notfalls abschießen

Rund 200 Wölfe gibt es in Brandenburg. Ihre Zahl wächst, ebenso die Zahl der Angriffe auf Weidetiere. Beim 4. Potsdamer "Wolfsplenum" diskutierten deshalb am Mittwoch Politiker, Landwirte, Jäger und Naturschützer, wie man mit den Tieren umgehen soll.

Gefährliche Wölfe sollen in Brandenburg künftig leichter abgeschossen werden können. Eine entsprechende Verordnung sei auf dem Weg, sagte die Staatssekretärin im Agrarministerium, Carolin Schilde, am Mittwoch beim 4. Wolfsplenum in Potsdam. Der Entwurf müsse nun mit Tierhaltern sowie Umwelt- und Naturschutzverbänden abgestimmt werden.

Bisher darf ein Wolf nur getötet werden, wenn er konkret Menschen gefährdet. In Zukunft soll der Abschuss möglich sein, wenn sich Wölfe nicht artgerecht verhalten, etwa wenn sie in menschlichen Siedlungen nach Futter suchen oder wiederholt in geschützte Weidetierhaltungen einbrechen. Noch in der Diskussion ist, ob in solchen Fällen ein ganzes Wolfsrudel getötet werden darf.

HINTERGRUND

Brandenburg streitet um Wölfe-"Die Situation spitzt sich immer weiter zu"

"Es wird aber immer eine konkrete Einzelfall-Entscheidung sein", sagte Staatssekretärin Schilde weiter. Der streng geschützte Wolf werde nie zum Abschuss freigegeben.

Bauernbund und Bauernverband hatten dagegen in Potsdam gefordert, dass alle Wölfe, die sich bis auf 1.000 Meter an ein Wohngebiet oder eine Tierherde heranwagen, erschossen werden dürfen. Dazu werde es nicht kommen, sagte Schilde.

NABU in Extremfällen für Abschuss

Die Naturschutzverbände mahnten beim Wolfsplenum, dass man genau überlegen solle, was ein "Problemwolf" sei. In Extremfällen sei der NABU jedoch für einen Abschuss, erklärte Christiane Schröder vom Brandenburger Landesverband: "Das gilt für Siedlungen, wo wir Menschen schützen müssen, aber auch für die Landwirtschaft. Es darf nicht in ein 'Wettrüsten' mit dem Wolf ausarten. Wenn das, was standardmäßig als wolfsicher gilt, immer wieder von Wölfen überwunden wird, muss man Maßnahmen ergreifen können."

Schröder kritisierte zudem militante Tierschützer, die in Niedersachsen einen Jäger im Internet bedroht hatten. Er hatte im Auftrag der Behörden einen Wolf erschossen.

"Tierschutz und Naturschutz ist nicht immer dasselbe", sagte Schröder. "Extreme Meinungen gibt es leider immer."

Der geänderte "Wolfsmanagementplan" soll bis Ende des Jahres fertig sein.

Mit Informationen von Lisa Steger

OV - 26.04.17 Von Matthias Niehues:

Der Elektrozaun ist erneut kein Hindernis

Schon wieder werden geschützte Schafe in Eydelstedt gerissen.

Neun Tiere der Diakonie Freistatt wiesen am Dienstagmorgen wolfstypische Kehlbisse auf. Ein weiteres totes Schaf wurde in der Nähe der Herdenschutzhunde stark angefressen. Staatssekretärin Almut Kottwitz verspricht jetzt, die Goldenstedter Wölfe genau im Auge zu behalten.

Deutschlandfunk - 26.04.2017 Von Jessica Sturmberg;

Bundesweiter Aktionstag zur Landwirtschaft **Landwirte wollen mit Verbrauchern sprechen**

Der Deutsche Bauernverband veranstaltet heute einen bundesweiten Aktionstag. In rund 60 Städten kommen Landwirte in die Innenstädte und wollen mit Verbrauchern ins Gespräch kommen.

Worum geht es bei diesem Aktionstag?

Die Landwirtschaft hat gerade nicht das beste Image mit den Diskussionen über Massentierhaltung, den "Tierfabriken", dem Einsatz von Antibiotika, umstrittenen Pflanzenschutzmitteln, und auch der Nitratbelastung von Böden. Das sind tiefgreifende Themen, über die gesprochen werden muss. Wichtig ist den Landwirten, direkt mit Konsumenten zu sprechen. Denn viele Menschen haben keine Verbindung mehr zu Bauernhöfen und wissen nicht, unter welchen Bedingungen Lebensmittel hergestellt werden.

Wie schwierig ist die Situation für die Landwirte?

Es ist ein globaler Wettbewerb, die Preise sind niedrig und speziell in Deutschland ist die Zahlungsbereitschaft im Schnitt für Lebensmittel – gerade auch im Vergleich zu anderen europäischen Ländern wie z.B. Frankreich oder Italien nicht so hoch. Aber selbst wenn mehr Zahlungsbereitschaft da ist, ist die Frage, ob das Geld auch bei den Erzeugern ankommt, die mehr in Umwelt- und Tierschutz investieren. Zugleich aber wünschen sich Verbraucher bessere Bedingungen für Landwirte und Tiere.

Es heißt Bioprodukte boomen in Deutschland. Stimmt das?

Die Wachstumszahlen sind zwar beachtlich, aber ausgehend von einem geringen Niveau. Der Anteil am Gesamtumsatz beläuft sich auf rund fünf Prozent. Auch wenn der Anteil steigt, ist man noch weit entfernt vom Ziel, dass dieser Biomarkt 20 Prozent ausmacht.

Was ist mit denen, die mehr Tierwohl haben möchten, aber nicht gleich Bioprodukte kaufen wollen?

Das ist genau die Herausforderung, ein Angebot für die vielen Verbraucher zu machen, die sich Bio entweder nicht leisten können oder denen es einfach zu teuer ist. Vor allem beim Fleisch ist das ein großes Thema. Ein Angebot also quasi für die Mitte.

Wie ist der Stand bei der Ausdifferenzierung?

Es gibt da momentan keine gute Ausdifferenzierung wie beispielsweise bei den Eiern, wo die Kennzeichnung klar unterscheidet zwischen hohem Biostandard 0, Freilandhaltung 1, Bodenhaltung 2 und Käfighaltung 3. Aber beim Fleisch kann ein gut gehaltenes Tier neben einem nicht gut gehaltenen Tier zum gleichen Preis in derselben Kühltruhe liegen.

Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt hat Kriterien für die Initiative Tierwohl vorgestellt, ein Label, das eine gewisse Qualität bescheinigt. Inwieweit kann das helfen?

Das Prinzip des Labels ist so gedacht, dass bei Erfüllung bestimmter Kriterien in der Tierhaltung Landwirte aus einem Fonds sechs Cent zusätzlich pro Kilogramm Fleisch bekommen. Das Geld soll vom Lebensmittelhandel kommen. Zunächst geht es nur um Schweinefleisch. Den generellen Gedanken dahinter begrüßen viele Landwirte, aber in der Ausgestaltung gibt es massive Kritik, unter anderem vom deutschen Tierschutzbund und der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft.

Was sind die Kritikpunkte?

Es ist nur ein freiwilliges Label. Wer kontrolliert es? Die bisher bekannten Kriterien gingen kaum über das gesetzliche Mindestmaß hinaus, Freilauf zum Beispiel gehöre nicht dazu, auch nicht Liegeflächen mit Stroh-Einstreu und das Kürzen der Ringelschwänze sei hierbei nicht verboten. Insgesamt sei fraglich, wie viel Tierwohl tatsächlich in so einem Label stecken würde und ob das dann die Verbraucher auch überzeugt, mehr Geld für das Schweinefleisch zu bezahlen.

Wann wird dieses staatliche Tierwohl-Label kommen?

Frühestens 2018. In dieser Legislaturperiode wird es nicht mehr kommen, bestätigte auch Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt.

Ob der nächste Bundeslandwirtschaftsminister das aufgreift, ist offen. Für die Landwirte ist das ein Problem, weil sie bei der vagen Lage nicht in die Veränderung ihrer Ställe investieren. Weil sie nicht wissen, welche Standards sie am Ende erfüllen müssen, um auch zu profitieren.

Wenn mir als Verbraucher Natur- und Tierschutz wichtig ist, welche Label sind verlässlich?

Verbraucher, die Wert auf Tier- und Naturschutz legen, sind am besten mit kontrollierten Biolabeln bedient. Entweder das EG-Label mit dem Mindeststandard oder wer noch höhere Standards will, von den Anbauverbänden wie demeter,

Bioland oder Naturland. In der konventionellen Tiermast gibt es das Neuland-Siegel, das Fleischfachgeschäfte oder Hofläden anbieten. Oder das Label vom Tierschutzverband, das aber wenig genutzt wird.

AZ Uelzen - 26.04.17 Von Lars Lohmann: **Bauernkinder als Mobbingopfer**

In diesem Zusammenhang beklagen viele landwirtschaftliche Funktionäre, dass gerade die Kinder von Bauern, die konventionelle Landwirtschaft betreiben, gemobbt werden. Aber auch der Kinderschutzbund Niedersachsen und dessen Vorsitzender Johannes Schmidt sprechen von einem Problem, von dem fast jede Familie betroffen sei. Die Bauernregel-Kampagne von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks habe diese Entwicklung noch weiter verstärkt.

„Wenn man in den sozialen Medien unterwegs ist, sieht man, welches Hasspotenzial es heutzutage in der Gesellschaft gibt“, sagt Kreislandwirt Thorsten Riggert auf AZ-Nachfrage. Es habe Fälle gegeben, wo Kindern in der Schule von Lehrern gesagt wurde, dass die Landwirtschaft, wie sie ihre Eltern betreiben würden, falsch und Tierquälerei sei. Da sei man auch mit Gesprächsangeboten gegen eine Wand gefahren. In anderen Fällen seien Kinder nicht mehr zum Geburtstag eingeladen worden, weil ihre Eltern Landwirte sind. „Man muss diese Art von Landwirtschaft ja nicht lieben, aber man sollte es nicht an den Kindern auslassen“, so Riggert. Solch ein Verhalten öffne Tür und Tor für Mobbing – eben auch an Schulen.

„Das Ganze wurde nochmal durch die rufschädigende Kampagne von Frau Hendricks verstärkt. Mit einer solchen Polemik hat sie einen ganzen Berufsstand verunglimpft“, sagt Riggert. Dies führe dazu, dass die Landwirte mit sachlichen Argumenten oft gar nicht mehr weiterkämen, wenn es etwa um den Bau eines Schweinestalls gehe. „Es wäre gut, wenn wir alle einfach mal ein bisschen runterfahren, überlegen, Pauschalurteile weglassen und die Leute nicht gleich an die Wand nageln“, so der Kreislandwirt. Niemand wolle doch einfach so über einen Kamm geschert werden. Verallgemeinerungen würden nicht helfen. „Jeder sollte doch dazu fähig sein, sachlich miteinander ins Gespräch zu kommen“, meint Riggert.

Der Sprecher der Arbeitsgemeinschaft bäuerlicher Landwirtschaft (AbL) Eckehard Niemann hingegen spricht von einer agrarpolitischen

Instrumentalisierung von Bauernkinder-Mobbing. „Die AbL wendet sich entschieden gegen jedes Mobbing von Schulkindern – egal welche Themen das Mobbing-Problem bedient. Jeder Fall von Mobbing ist einer zu viel“, so der Varendorfer. Bei einer Umfrage unter 817 Landwirten hätten 17 Prozent von Mobbing berichtet, knapp 16 Prozent der Neuntklässler würden laut Auswertung der OECD-Studie gemobbt. „Das entspricht etwa dem Prozentsatz, dem Kinder generell Mobbing ausgesetzt werden“, so Niemann. Wichtig sei, dass es eine Null-Toleranz-Praxis für Mobbing gebe und das Thema nicht mit politischen Zielen zu verquicken.

Die AbL Niedersachsen/Bremen e.V. übernimmt weder eine Freistellung von Rechten Dritter noch eine Gewähr für die Aktualität, Korrektheit, Vollständigkeit oder Qualität der bereitgestellten Informationen. Haftungsansprüche gegen die AbL Niedersachsen/Bremen e.V., die sich auf Schäden materieller Art beziehen, sind grundsätzlich ausgeschlossen.

Abbestellungen des Newsletter über: eckehard.niemann@freenet.de